Friedenscorps statt Armee

Zur Zeit wird staatlicherseits darüber geklagt, daß es immer schwieriger wird, Freiwillige für die Armee zu rekrutieren. Während andererseits z.B. im CITIM immer öfters Frauen und Männer nachfragen, welche Möglichkeiten es gebe, für eine kürzere oder längere Zeitspanne in der Dritten Welt zu arbeiten. Zudem fallen Berichten internationaler Medien zufolge die luxemburgischen Soldatinnen und Soldaten, die als UNO-Blauhelme in Kroatien stationiert sind, gerade durch ihr unsoldatisches, menschliches Verhalten und ihre Hilfsbereitschaft der Zivilbevölkerung gegenüber positiv auf. Luxemburg hat also glücklicherweise keine militärische Tradition, andererseits ist aber bei einer größeren Zahl von Menschen die Bereitschaft vorhanden, echte humanitäre Hilfe zu leisten. Warum dann Menschen erst in eine Uniform stecken, anstatt ihnen als Zivilistinnen und Zivilisten die Möglichkeit zu geben, "etwas für andere Menschen zu tun"? Wie wäre es denn, wenn Luxemburg seine Armee abschaffen und durch ein Friedenscorps ersetzen würde? (...) Ein solches Friedenscorps müßte natürlich mit vergleichbaren Finanzmitteln ausgestattet werden wie heute die Armee, denn die Freiwilligen müßten eine gute (Zusatz)Ausbildung erhalten, auf spezielle Lebensbedingungen wie die kulturellen Besonderheiten ihrer Einsatzländer vorbereitet werden, Grundkenntnisse fremder Sprachen erlernen usw. Der Diekircher Herrenberg als Ausbildungszentrum für Menschen, die bereit sind, "sich die Hände dreckig zu machen, in den Schlamm, Mist und Dreck der Habenichtse hinabzusteigen", Werkstätten, in denen statt Waffenwartung Arbeit an Solarkollektoren, leicht zu wartenden Wasserpumpen und ähnlicher Technologie auf dem Programm stünde, - ein utopischer Vorschlag? Mag sein. Unserem Land Ehre einlegen würde eine solche Einrichtung als Ersatz für einen mehr als überflüssigen Militärapparat aber sicherlich!

AxD, in: Brennpunkt drëtt Welt, Nr. 128-129/Mai 1993

Neue Entwicklungshilfe-ONG

Seit kurzem hat die belgische "organisation non-gouvernementale" (ONG) "SOS-Faim" ihre Aktivitäten auch auf Luxemburg ausgedehnt. Die Vereinigung sammelt ausschließlich Gelder, um sie Vereinigungen der Dritten Welt als Kapital-Starthilfe zur Verfügung zu stellen, die sie ihrerseits als rückzahlbare Kredite den Einheimischen geben sollen. "SOS-Faim" geht nämlich davon aus, wie es in einem Slogan heißt: "Tout dans la tête. Rien dans les poches." Die Menschen in der Dritten Welt sind gescheit genug, ihre Probleme selbst zu lösen, es fehlt ihnen nur an den nötigen Finanzmitteln. In der uns vorliegenden Dokumentation äußert sich "SOS-Faim" allerdings nicht über die Ursachen der Unterentwicklung und über die ungerechten Welthandelsstrukturen, die in unseren kapitalistischen Staaten zu ändern wären, damit die Menschen in der Dritten Welt eine Chance zur autonomen Entwicklung erhalten. Luxemburg soll helfen ein Projekt in und um Ouagadagoudou zu finanzieren, bei dem Kredite für kommerzielle und handwerkliche Kleinunternehmen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Neu sind die Methoden, mit denen "SOS-Faim" Geld sammeln will. Dabei wird nämlich erstmals in Luxemburg auch an bezahlte Anzeigen in der kommerziellen Presse gedacht. Aus der offengelegten Bilanz von 1991 geht hervor, daß "SOS-Faim" 10% seiner Ausgaben in Personal investierte (1993 sind das zwölf Personen in Belgien, eine in Luxemburg) und weitere 4% auf Verwaltungsausgaben entfielen, während für Information und Spendenaufrufe 9% ausgegeben wurden, 59% in die Projekte flossen und 18% für Projekte in Reserve gehalten wurden. Spenden erbrachten 1991 37 Millionen Franken, Kofinanzierungsanträge an die belgische Regierung und an die EG-Kommission 62 Millionen.

"SOS-Faim" hat auch didaktisches Material ausgearbeitet, das für Schulzwecke geeignet ist. In Luxemburg ist "SOS-Faim" zu erreichen über Laurence Demaeght, 46, rue Théodore Eberhard, L-1452 Luxemburg; Tel./Fax 252681; CCP 5555-26.

m.p.

Enfants assassinés au Brésil

Le 23 juin dernier, des enfants dormant sur les marches de l'église de la Candelaria à Rio de Janeiro furent lâchement abattus. Ce n'étaient pas les premiers, ni sans doute les derniers ...

L'ancien coordinateur du Mouvement national des enfants des rues, Volmer do Nascimento, enfant de la rue lui-même, dénonce depuis 1986 les tueurs qui, chaque jour, abattent quelques-uns de ces sans-famille cherchant un abri précaire dans quelque recoin du béton des villes. Volmer accumule patiemment les preuves de l'implication de policiers, de politiciens, de juges, malgré des menaces de mort. Il envoie ces dossiers à toutes les autorités de Rio de Janeiro ainsi qu'au ministère de la Justice ... et reçoit en guise de réponse une pluie de condamnations.

Volmer accuse trois juges impliqués dans les groupes d'extermination. Une commission d'enquête parlementaire de l'Etat de Rio corrobore ses dénonciations. Mais un de ces magistrats ripoux a condamné Volmer à trente jours de prison: Motif: il aurait prétendu avoir été enlevé. Trois autres juges attaquent à leur tour et le tribunal condamne Volmer à sept ans de prison pour calomnie et diffamation alors que la loi prévoit une peine maximale de deux ans. Son avocat fait appel. Comme son client, il sait très bien qu'en prison Volmer sera assassiné, abattu par un autre prisonnier qu'on éliminera à son tour. On appelle cela "brûler les archives".

"Le meurtre d'un enfant n'est même plus un scandale. Un s'habitue au pire," s'insurge Charles Trompette, président de l'association Terre Humaine. Il a été chargé de trouver la solution de la dernière chance: un avocat de renom qui viendrait d'Europe assurer la défense de celui que la presse brésilienne appelle déjà le Chico Mendes du macadam.

m.p./Croissance, sept. 1993

Christen wurden aktiv

Erst Ende Juli erfuhr "forum", daß unter Schriftführung des Pfarr-Rates 890 Einwohner des Roeserbanns am 18. Juni 1993 eine Petition an den Justizminister gerichtet hatten, um für vier jugoslawische Flüchtlinge einzutreten, die seit Dezember 1992 mit Hilfe des Pfarr-Rates in einem leerstehenden Haus der Peppinger Benediktinerinnen Zuflucht gefunden hatten. Seit dem 16. März lebten sie in ständiger Angst vor einer Abschiebung durch die Fremdenpolizei, wie ein unklar formuliertes Rundschreiben ihnen angedroht hatte. Die Angst ist umso verständlicher, als es sich um serbische Kriegsdienstverweigerer handelt, die offenbar von der Regierung nicht als politische Flüchtlinge anerkannt werden, und da die Verwaltung keinen Unterschied je nach Fluchtmotiven der Serben macht. Eine Resolution des Pfarr-Rats vom 2. April hatte weder den Staatsminister noch den Außenminister noch den Justizminister zu einer Antwort veranlaßt. Zur Zeit leben die Flüchtlinge noch in Peppingen.